

Beschlussprotokoll der Delegiertenversammlung vom 1. Dezember 2012 in Thun

Vorsitz: Christian Levrat
Protokoll: Antonio Danuser
Anwesend: 220 Delegierte und 40 Gäste

Anmerkung des Protokolls:

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

Die Delegiertenversammlung wird von **Barbara Gysi**, Vizepräsidentin der SP Schweiz, eröffnet. Es folgt ein Grusswort von **Philippe Perrenoud**, Regierungsrat Kanton Bern. Weitere Willkommensbotschaften richten **Marianne Dumermuth Lehmann**, Gemeinderätin Thun, und **Franz Schori**, Präsident SP Thun, an die Versammlung. Anschliessend begrüsst **Barbara Gysi** Bundesrätin Simonetta Sommaruga.

Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss der Delegiertenversammlung: Es werden folgende StimmzählerInnen gewählt: Philipp Zimmermann, Ueli Eichholzer, Marcel Mesnil, Marie-Louise Durrer, Andreas Berz, Adrian Mangold, Martin Pfister

Beschluss der Delegiertenversammlung: Es werden folgende StellvertreterInnen gewählt: Florian Blättler, Mathias Stricker, Romain Richard, Ginevra Signer, Beatrice Graber, Brigitte Pavan, Marc Hoerler

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Monika Bolliger und Markus Müller werden stillschweigend gewählt.

Tagesordnung

Antrag:

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen:

- **Traktandum 4: Gleichstellung**
 - A-2: Neuer Antrag Geschäftsleitung
 - R-1: AHV (SP Frauen)
 - R-2: Quoten (SP Frauen)
- **Traktandum 8: Asylgesetzrevision**
 - A-4: SP Kanton Zürich zurückgezogen zugunsten von A-5
 - A-5: SP Stadt Zürich
 - R-4: Offensive Migrationspolitik (SP Frauen)

- **Traktandum 9: Parteienfinanzierung**
A-6: Neuer Antrag Geschäftsleitung
- **Traktandum 11: Weitere Resolutionen**
A-12: Menschenrecht auf Arbeit in der eigenen Heimat (SP AI)

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Traktandenliste wird genehmigt.

Ordnungsanträge

Ordnungsantrag I:

Beschränkte RednerInnenliste von 10 Personen (je 5 Pro und Contra) nebst den Antragsstellenden und der Stellungnahme der Geschäftsleitung bei Traktanden 8 und 9

Beschluss der Delegiertenversammlung: Angenommen im Sinne der Stellungnahme der Geschäftsleitung

Ordnungsantrag II:

Redezeitbeschränkung von 4 Minuten pro Votum angesichts der umfangreichen Traktandenliste

Beschluss der Delegiertenversammlung: Angenommen im Sinne der Stellungnahme der Geschäftsleitung

Ordnungsantrag III:

Resolutionen und Anträge, die am Parteitag in Lugano vom 8./9. September 2012 verschoben wurden, und welche die Geschäftsleitung ohne Modifizierung zur Annahme empfiehlt, werden stillschweigend verabschiedet. Dies betrifft:

- **Resolution 6:** Antrag Syrien (Coordination des Partis Socialistes Romands)
- **Resolution 7:** Antrag Menschenrechte Russland (Geschäftsleitung SP Schweiz)
- **Resolution 8:** Antrag der Arbeitergenossenschaften (PS Orbe et Environs)

Beschluss der Delegiertenversammlung: Angenommen im Sinne der Stellungnahme der Geschäftsleitung

Protokoll der DV vom 23. Juni 2012 in Basel

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit bestem Dank an die Verfasserin Kristina Schüpbach genehmigt.

2. Mitteilungen

Leyla Gül entschuldigt sich für die falschen Termine in der Einladung für die Delegiertenversammlungen 2013. Die korrekten Daten sind: 2. März 2013, 29. Juni 2013, 26. Oktober 2013

Sie weist darauf hin, dass im Anschluss ein Apéro stattfinden wird, der von der Stadt Thun gestellt wird. Dieser wird dem Gemeinderat und der Stadt Thun herzlich verdankt.

Weiter bittet Leyla Gül eindringlich alle Delegierten für die Unterschriftensammlung zur Erbschaftssteuerreform nochmals einen persönlichen Effort zu leisten, damit das Ziel bis Februar 2013 noch erreicht werden kann.

Auch bittet sie die Delegierten, die Unterschriftensammlung zur Spekulationsstopp-Initiative der JU-SO tatkräftig zu unterstützen.

3. Rede Christian Levrat

Das Referat von **Christian Levrat**, Präsident der SP Schweiz und Ständerat des Kantons Freiburg, kann auf der Website der SP Schweiz www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

Zum Schluss der Rede bedankt sich Christian Levrat im Namen der Partei bei Stefan Hostettler für die interimistische Leitung des Generalsekretariats im Verlaufe des Jahres 2012 und für sein grosses Engagement. Er wünscht ihm für die Zukunft (wieder) als Leiter der politischen Abteilung weiterhin viel Erfolg und alles Gute.

4. Statutarische Geschäfte

Flavia Wasserfallen erläutert die anstehenden statutarischen Geschäfte. Abstimmungen zu Statutenänderungen werden mit 2/3 Mehrheit entschieden.

I. SP 60+

A-1: Antrag der Geschäftsleitung SP Schweiz zu SP 60+

Barbara Gysi erläutert die Stellungnahme der Geschäftsleitung zu den statutarischen Änderungen zur Gründung der SP 60+.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme Antrag A-1

Nach den Referaten von **Marianne de Mestral**, Co-Präsidentin SP 60+, und **Carlo Lepori**, Co-Präsident SP 60+, und einer Wortmeldung von Gianfranco De Gregorio, der sich gegen die Gründung ausspricht, folgt die Abstimmung zu Antrag A-1.

Gianfranco De Gregorio argumentiert, dass

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag wird mit einer deutlichen 2/3 Mehrheit angenommen.

II. Debatte zur Gleichstellung

Es liegt ein neuer Antrag der Geschäftsleitung vor.

Neuer Antrag der Geschäftsleitung

A-2: Zur Gleichstellung

Barbara Gysi stellt den neuen Antrag der Geschäftsleitung vor. Die Geschäftsleitung wurde gebeten auf die Gründung des Gleichstellungsrates zu verzichten. Die SP Frauen und AG Junge SozialdemokratInnen haben eine gemeinsame Lösung gefunden. Sie sehen das Vorantreiben der Gleichstellungspolitik mit Frauen und Männern mit einer Arbeitsgruppe innerhalb der SP Frauen als einen guten Weg an. Entsprechend erhalten die SP Frauen im Gegenzug den Auftrag, die Gleichstellungsthemen in einer Arbeitsgruppe mit Einbezug aller Geschlechter zu bearbeiten. Die Geschäftsleitung begrüsst das Übereinkommen und verzichtet darum auf den ursprünglichen Antrag. Es sind

nun alle InteressentInnen für den Gleichstellungsrat dazu eingeladen, sich in der neuen Arbeitsgruppe zu engagieren.

Somit lautet der Antrag nur noch zur Änderung von Art. 1.3. in den Statuten:

Neu:

(Art. 1.3.): Die SP setzt sich für die Umsetzung der Menschenrechte und für die Verhinderung der Diskriminierung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung ein. Dafür stellt sie die geeigneten Strukturen, Massnahmen und Ressourcen zur Verfügung.

Ersetzt Art. 1.3. (alt):

(Art. 1.3): Die SP setzt sich parteiintern wie auch in ihrer öffentlichen Arbeit für die Gleichstellung von Frau und Mann ein und bezieht systematisch den Blickwinkel und die Bedürfnisse beider Geschlechter in ihre Politikfelder sowie in ihre Entscheidungen ein. Dafür stellt sie die geeigneten Mittel und Ressourcen zur Verfügung.

Marco Kistler erläutert die Position der AG Junge SozialdemokratInnen. Die AG war mit der Situation der Gleichstellungspolitik in der Partei unzufrieden. Sie stellte sich eine Gleichstellungspolitik vor, die ermöglicht, dass alle Menschen unabhängig ihres Geschlechts frei wählen können, welche Rolle sie in ihrem Leben, in der Familie, in der Gesellschaft und in der Wirtschaft einnehmen wollen. Diese Politik soll von beiden Geschlechtern gemeinsam gestaltet werden. Nachdem der Vorschlag für einen Gleichstellungsrat mehrere Mal aufgeschoben wurde, kam die AG mit den SP Frauen zusammen. Es sollen nun keine teuren Doppelstrukturen geschaffen werden und die Kräfte an einen Ort gebündelt werden.

Yvonne Feri vertritt als Präsidentin der SP Frauen die Position der SP Frauen. Wir haben eine intensive Diskussion hinter uns. Die Ausgangslage hat sich seit dem Parteitag aufgrund personeller und struktureller Wechsel geändert. Die SP Frauen haben kürzlich beschlossen, alle Arbeitsgruppen für alle Geschlechter zu öffnen. Der finanzielle Aufwand für ein weiteres Organ wäre für die Partei schwer zu tragen. Mit dem Rückzug der Gründung eines Gleichstellungsrates erhalten die SP Frauen im Gegenzug den Auftrag eine Arbeitsgruppe, in der beide Geschlechter vertreten sind. Geleitet wird die AG im Co-Präsidium von einer Frau und einem Mann. Damit können finanzielle, strukturelle und thematische Doppelspurigkeiten verhindert werden.

A-3: Antrag SP Uetikon am See

Markus Brandenberger erläutert den Änderungsantrag der SP Uetikon am See. Art. 1.3. solle wie folgt geändert werden:

Die SP setzt sich für die Umsetzung der Menschenrechte und für die Verhinderung von Diskriminierung ein. Dafür stellt sie die geeigneten Strukturen, Massnahmen und Ressourcen zur Verfügung.

Sie setzt sich parteiintern wie auch in ihrer öffentlichen Arbeit für die Gleichstellung von Frau und Mann ein und bezieht systematisch den Blickwinkel der Geschlechterzugehörigkeit, der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung in ihre Politikfelder und Entscheidungen ein.

Der ursprüngliche Text geht zwar von der Umsetzung der Menschenrechte und vom Diskriminierungsverbot aus, reduziert diese aber im gleichen Satz ausschliesslich auf die Geschlechterfrage. Mit der vorgeschlagenen Formulierung werden die Umsetzung der Menschenrechte und die Verhinderung von Diskriminierung als eigenständige Aufgabe in unserem politischen Auftrag verankert. Mit dem zweiten Satz setzen wir einen Schwerpunkt.

Die durch die GL modifizierte Fassung kommt auf halbem Wege entgegen. Trotzdem werden in dieser Form Ziel, Schwerpunkte und Mittel ausschliesslich an der Geschlechterpolitik festgemacht. Der erste Abschnitt des Vorschlags A-3 wird darum aufrechterhalten. Um der Geschlechterfrage des

Tages gerecht zu werden, kann der bisherige Art. 1.3. als Bestandteil erhalten bleiben. Dieser kann durch die GL redaktionell angepasst werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Artikel 1.3. der Statuten soll sich explizit der Geschlechter- und Gleichstellungspolitik widmen. Dabei kann der Satz jedoch der Verständlichkeit halber auseinandergenommen werden, das dem Ziel der Antragstellenden entgegen kommt, **die Umsetzung der Menschenrechte und die Verhinderung von Diskriminierung als eigenständige Aufgabe im politischen Auftrag der SP zu verankern.**

Neue Formulierung in Statuten modifizierter Art.1.3:

Die SP setzt sich für die Umsetzung der Menschenrechte und für die Verhinderung der Diskriminierung ein. Der Schwerpunkt liegt auf der Verhinderung der Diskriminierung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung. Dafür stellt sie die geeigneten Strukturen, Massnahmen und Ressourcen zur Verfügung.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag wird mit einer deutlichen 2/3 Mehrheit angenommen.

Es folgt die Abstimmung zu Antrag A-2 (modifizierter Antrag der Geschäftsleitung)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme Antrag A-2

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag wird mit einer deutlichen 2/3 Mehrheit angenommen.

Damit verzichtet die SP Uetikon am See auf das Festhalten an ihrem Antrag A-3.

R-1:AHV: Massive Ungleichheit der Geschlechter endlich beseitigen! (SP Frauen)

Yvonne Feri erläutert als Präsidentin der SP Frauen die Resolutionen R-1.

Ein Rentensystem soll grundsätzlich für alle gelten und weder vom Geschlecht abhängig sein, noch ein Geschlecht begünstigen oder diskriminieren. Es muss jedoch die ökonomische Unabhängigkeit jeder Person garantieren. Das ist im Moment nicht der Fall, beruht doch die Altersvorsorge für 12,6 Prozent der Männer und 37,7 Prozent der Frauen nur auf der ersten Säule. Keine Leistungen aus der 2. und 3. Säule zu beziehen bedeutet Armut. Diese ist vor allem weiblich.

Die Höhe der Rente hängt vom Zugang zur Erwerbsarbeit ab. Auch dieser muss folglich diskriminierungsfrei für alle Geschlechter ausgestaltet sein. Das ist mit der anhaltenden Lohnungleichheit, der Teilzeitarbeit, die vor allem von Frauen geleistet wird und der schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch nicht der Fall.

Über ein gleiches und flexibilisiertes Rentenalter kann folglich erst diskutiert werden, wenn die Erwerbsarbeit diskriminierungsfrei ausgestaltet ist und bezahlte Arbeit und unbezahlte Betreuungsarbeit unabhängig vom Geschlecht kombinierbar sind.

Die SP Frauen stellen folgende Forderungen, damit ein flexibilisiertes Rentenalter für Frauen und Männer umgesetzt werden kann:

- I. Bezahlte Arbeit und unbezahlte Betreuungsarbeit sind für alle kombinierbar! Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Betreuung von Kindern und anderen Familienangehörigen muss für Frauen und Männer gleichermaßen möglich sein. Dazu braucht es einen bezahlten Elternurlaub und Kinderbetreuungsplätze – bezahlbar für alle Einkommensschichten – ab Babyalter bis zur vollendeten Mittelstufe. Es braucht Rahmenbedingungen für alternative Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer in einer Betreuungsphase. Zudem braucht es existenzsichernde Löhne und Lohngleichheit.
- II. Jede Person leistet unbezahlte Betreuungsarbeit und ist sozial abgesichert! Die Altersvorsorge als Gesamtpaket (AHV, BVG, 3. Säule) muss die Mehrfachbelastung und teilzeitliche Erwerbsar-

beit von Frauen und Männer mitberücksichtigen. Dies wird erreicht durch existenzsichernde Löhne, einen flexiblen Koordinationsabzug beim BVG und durch die Anrechnung der freiwilligen Care-Arbeit bei der Berechnung der Altersvorsorge. Dazu müssen die Sozialversicherungen daraufhin umgebaut werden, dass jede Person im Laufe ihres Lebens freiwillig Pflege- und Betreuungsarbeit leistet und deshalb die Erwerbsarbeit reduziert. Unabhängig vom Geschlecht!

Die SP Frauen fordern den Bundesrat auf, diese zwei Forderungen in jegliche Diskussionen über die AHV-Revision einzubringen. Sei es in der Diskussion einer Arbeitsalterszeit oder einer Flexibilisierungslösung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Einstimmige Annahme

R-2: Individuelle Förderung reicht nicht – es braucht Geschlechterquoten! (SP Frauen)

Yvonne Feri erläutert als Präsidentin der SP Frauen die Resolutionen R-2.

Die Schweiz wurde Ende Oktober in der periodischen Überprüfung des UN-Menschenrechtsrates in ihren mangelhaften Anstrengungen bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben gerügt. Während in den grössten europäischen Unternehmen bereits jede dritte Stelle im Verwaltungsrat durch eine Frau besetzt ist, sind es in der Schweiz nur 11,6 Prozent. Nach 31 Jahren, in denen die Gleichstellung in der Verfassung steht, ist die Zeit der schönen Worte und der blumigen Absichtserklärungen endgültig vorbei. Es braucht messbare Ziele und klare Umsetzungspläne. Genau das leistet die Geschlechterquote. Die SP Frauen Schweiz haben deshalb Ende September vier Vorstösse auf Bundesebene eingereicht, die einerseits die Einführung einer Geschlechterquote für Verwaltungsräte in bundesnahen und börsennotierten Unternehmen fordern, denn Zielquoten sind ein wirksames Instrument, um quantitative Vorgaben zu erreichen. Andererseits braucht es flankierend dazu weitere unterstützende Massnahmen, damit Quoten überhaupt umsetzbar sind und Sinn machen:

- Umsetzung der Lohngleichheit als Bundesverfassungsauftrag
- Zugang zu Kinderbetreuung für alle Familien
- Förderung von Karrieremöglichkeiten und Nachwuchsstrategien für Frauen, ab dem Übergang von der Ausbildung in den Beruf
- Förderung von Männern in Primarlehrberufen, in der familienergänzenden Kinderbetreuung und in der Pflege
- Förderung von flexiblen und diskriminierungsfreien Arbeitszeitmodellen (Jahresarbeitszeit, Teilzeitarbeit, etc.) für alle Geschlechter
- Förderung von Job-Sharing für alle Geschlechter
- Ermöglichen von Care-Arbeit und damit einhergehende temporäre Reduktion der Erwerbsarbeit für beide Geschlechter (Elternurlaub, Pflegeurlaub etc.)

Im September 2012 hat es die Stadt Bern auf einen SP-Vorstoss hin vorgemacht und eine Geschlechterquote in der Verwaltung verankert. Die SP Frauen Schweiz fordern die SP Schweiz auf, in einer koordinierten Aktion Vorstösse zur Geschlechterquote und den unterstützenden Massnahmen in allen Parlamenten der Kantone und Gemeinden einzureichen, damit sowohl kantonale, wie städtische Unternehmen, als auch Verwaltungen mit der Gleichstellung der Geschlechter vorwärts machen und die Schweiz 2013 einen gehörigen Schub vorwärts kommt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme

5. Rede Bundesrat Alain Berset

Alain Berset nimmt Bezug auf die Gründung der SP 60+. Unser Leben und die Lebenserwartung haben sich zum Guten verändert. Man sieht es. Die SP hat viele treue und langjährige Mitglieder. Sie ist Heimat von der Wiege bis zur Bahre.

Er fährt fort und kommt auf die Altersvorsorge zu sprechen. Vor einer Woche hat der Bundesrat die Richtlinien zur Reform der Altersvorsorge 2020 verabschiedet. Uns ist allen bewusst, dass die Reform unserer wichtigsten Sozialwerke AHV und Berufliche Vorsorge schwierig wird. Seit Jahren sind die Positionen blockiert. Alain Berset betont aber das gemeinsame Ziel: Soziale Sicherheit für alle. Dazu gehört eine gute Altersvorsorge. Die AHV ist das Paradebeispiel für den gelebten Gesellschaftsvertrag. Die AHV steht für die Solidarität und den Zusammenhalt in der Schweiz. Die Rentenbezüger wissen, dass sie nicht Almosen erhalten, sondern dass sie nach Jahren des Gebens nun Nehmen dürfen. Wer heute einbezahlt, muss auch darauf vertrauen können, dereinst davon profitieren zu können. Damit verweist er auf die Situation in anderen Ländern: RentenbezügerInnen verarmen, Jugendliche finden keine Arbeit und somit schwindet das Vertrauen.

Alain Berset betont, dass das schweizerische Dreisäulensystem ohne die Sozialdemokratie nicht denkbar wäre. Heute ist wieder der Moment, um um Lösungen zu kämpfen. Es hat sich seit Gründung der AHV viel verändert. Wer sich aber nicht den Veränderungen anpasst, geht unter. Die AHV ist stabil, weil sie sich den verändernden Zeiten angepasst hat. Er verweist hier auf die Debatte um das Bankgeheimnis und die Frankenuntergrenze. Es gibt einige in diesem Land, die die Zusammenhänge nicht sehen wollen. Es wird Isolation propagiert und damit verkannt, wie die Welt heute ist.

Mit Bezug auf das SP-Parteiprogramm fordert Alain Berset, dass die Generationensolidarität gestärkt und die sozialen Sicherungssysteme an die demographischen Veränderungen angepasst werden. Genau das muss bei der Altersvorsorge erreicht werden. Zu langes Zuwarten gefährdet das System. Heute haben wir eine gute Altersvorsorge und das muss auch so bleiben.

Für Alain Berset ist klar, dass das Rentenniveau erhalten bleiben muss. Ausserdem braucht es eine flexible und soziale Lösung bei der Pensionierung. Er spricht ebenfalls die Schwierigkeiten der älteren ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt an. Hier sind die ArbeitgeberInnen gefragt. Ein grosser Anteil der Frühpensionierungen findet in den Branchen der Banken und Versicherungen statt. Es sind vor allem Kader. Wer gut verdient, kann es sich leisten, sich eine vorzeitige Pensionierung frühzeitig zu sichern – steuerliche Vergünstigungen miteinberechnet. Dem muss ein Riegel vorge-schoben werden. Die erste und zweite Säule muss als Ganzes reformiert werden. Das schafft Sicherheit, Vertrauen und Transparenz. Die Menschen wollen wissen, wie hoch die Rente nach der Reform sein wird. Es darf vor allem keine Angst geschürt und so das Vertrauen aufs Spiel gesetzt werden. Es ist eine gefährliche Entwicklung für die Generationensolidarität, wenn die Jungen nicht mehr an ihre Rente glauben: „Unsicherheit ist Gift.“

Alain Berset fordert eine gute und fortschrittliche Reform. Ohne die SP als Hüterin des sozialen Fortschrittes wird das nicht gelingen. Nichtstun wäre fahrlässig. Aus der Verfassung geht hervor, dass das Leben im Alter im gewohnten Mass sichergestellt sein muss. Für die tiefen Einkommen braucht es darum eine Verbesserung der zweiten Säule. Es ist wichtig, dass die Reform als Ganzes dem Volk präsentiert wird. Sonst stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Die Abstimmungen der letzten Jahre über den Abbau bei der Altersvorsorge haben gezeigt, dass solche Vorlagen abgelehnt werden - auch weil keine ganzheitlichen Vorlagen präsentiert worden sind.

Im Reformpaket des Bundesrates wird vorgeschlagen, das Referenzalter für alle bei 65 Jahren fest-zulegen. Das ist auch ein neuer Ansatz. Alain Berset macht deutlich, dass ihm bewusst ist, dass die Frauen diese Erhöhung nicht gratis hergeben werden. Und sie haben damit Recht. Mit der weiter fortbestehenden Lohnungleichheit, der Benachteiligung im Arbeitsleben, der unzureichenden Be-treuungsmöglichkeiten für Kinder, der ungenügenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Verwehrung von Kaderpositionen wäre eine solche Erhöhung des Rentenalters nicht gerecht. Es muss für mehr Gleichstellung gesorgt werden. Darum erhält zum Beispiel das Gleichstellungsbüro in seinem Departement mehr Mittel, um dafür Lösungen zu erarbeiten.

Die Sicherung der Rentenhöhe muss durch zusätzliche Rezepte erreicht werden - zum Beispiel eine zusätzliche Finanzierung über die Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer erlaubt uns eine zusätzliche Finanzierung der ersten Säule. Bei der zweiten Säule ist nicht nur die Erhöhung der Lebenserwartung, sondern die Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten beunruhigend. Die Renditen in den letzten Jahren haben mit den Erwartungen nicht Schritt halten können. Diese Entwicklungen können wir nicht beeinflussen. Alain Berset sieht aber die Möglichkeit zur Einflussnahme bei der Transparenz und der Verteilung der Gewinne in der zweiten Säule.

Die Vorschläge für die Reform der Altersvorsorge 2020 werden bis zum nächsten Sommer konkretisiert. Alain Berset fordert die GenossInnen dazu auf, sich an der Debatte zu beteiligen. Wir dürfen aber nicht zu lange warten, um die Reform anzugehen. Als Beispiel dient die Invalidenversicherung, die schliesslich einen sehr hohen Schuldenberg vorzuweisen hatte.

Alain Berset schliesst mit der Erklärung ab, dass mit der Reform die Rentenleistungen erhalten und eine Flexibilisierung erreicht werden soll. Er verweist nochmals darauf, dass wir Vertrauen schaffen und keine Angst schüren sollen. Wenn uns das gelingt, würde ein Zeichen gesetzt, dass Solidarität in diesem Land mehr gelte als Ausgrenzung.

6. Vorwahl Bundesrat

Géraldine Savary eröffnet die Diskussion zur **Resolution Cédric Wermuth et al.**

Sie übergibt das Wort an **Nenad Stojanovic**, der die Resolution erläutert. Die Geschäftsleitung soll ein Modell zu parteiinternen Vorwahlen für die BundesratskandidatInnen der SP Schweiz im Falle eines Rücktritts der AmtsinhaberInnen erarbeiten. Als Vorschlag können an diesen Vorwahlen alle Mitglieder der Partei teilnehmen, als Delegierte an einem Parteitag oder einer Delegiertenversammlung. Die Entscheide sind dann für Partei und Fraktion bindend. Eine entsprechende Statutenänderung oder Reglemententwurf wird spätestens am nächsten Parteitag den Delegierten zu Diskussion und Genehmigung vorgelegt.

Nenad Stojanovic moniert, dass mit dem heutigen undurchsichtigen System die Chancengleichheit nicht gegeben ist. Die Fraktion ist wegen komplizierter Interessenverflechtungen nicht das richtige Gremium, um die richtigen KandidatInnen für eine Bundesratswahl zu nominieren.

Er verweist v.a. darauf, dass mit dieser Abstimmung keine definitive Entscheidung gefällt, sondern nur der Geschäftsleitung der Auftrag erteilt wird, ein Modell zu entwerfen und später wieder zur Diskussion zu stellen.

Christian Levrat vertritt die Position der Geschäftsleitung, welche vorschlägt, die Resolution entgegenzunehmen und zum gegebenen Zeitpunkt zusammen mit der Position zur Volksinitiative „Volkswahl des Bundesrates“ zu diskutieren.

Stellungnahme der GL: Entgegennehmen/Sistieren

Begründung: Aus Sicht der GL ist die Absicht der Resolution aufs engste mit der Volksinitiative für die Volkswahl des Bundesrates verknüpft und daher erscheint es sinnvoll diese beiden Fragen nicht zum jetzigen Zeitpunkt, sondern zusammen mit der Position zur Volksinitiative zu diskutieren. Bei den letzten beiden Besetzungen von SP-Sitzen im Bundesrat hat sich aus Sicht der GL das geltende Verfahren zudem bewährt. Über die Kantonalparteien ist die Basis in die Nomination eingebunden. Darum empfiehlt die GL, dass diese Resolution entgegengenommen und zusammen mit der Frage der Volkswahl der Bundesräte zu einem späteren Zeitpunkt breit debattiert wird.

Die „Volkswahl“ der SP-Kandidaten im Sinne von Primaries erscheinen der GL nicht zweckmässig, so lange das wählende Gremium der Bundesräte die Vereinigte Bundesversammlung ist. Die Geschäftsleitung sieht vor allem fünf Gründe im Vordergrund:

1. KandidatInnen aus einer kulturellen, sprachlichen oder regionalen Minderheit würden geschwächt. KandidatInnen, die über eine mediale Bekanntheit oder über sehr effiziente Mittler verfügen, würden gestärkt. Mit dem jetzigen System können diese Ungleichheiten vermieden werden.

2. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament würde die Chance nutzen, genau jeneN KandidierendeN abzulehnen, die von der Partei in einem Primaries-System erkoren wurde.
3. Die einzige Partei, die entsprechend dem Parlament einen Kandidaten aufzwingen wollte, war die SVP 2003. Wir würden dabei der gleichen Logik folgen und dem Parlament, die Wahl entziehen.
4. Der vorliegende Vorschlag ist so von der Verfassung nicht vorgesehen. Vor allem der einhergehende Fraktionszwang ist damit eigentlich nicht zu vereinbaren. Die einzige Möglichkeit wäre, das jetzige Vorschlagsrecht der Geschäftsleitung durch eines der Basis zu ersetzen. Eine Kontrolle für ein entsprechendes Wahlverhalten unserer Fraktion gäbe es so aber nicht.
5. Dieses Modell würde unsere Bundesräte nicht an die Partei annähern – ganz im Gegenteil. Wir würden unsere Bundesräte direkt bei der Basis legitimieren. Es wäre so viel schwieriger einen geregelten regelmässigen Austausch zwischen Geschäftsleitung und Bundesratsmitgliedern zu ermöglichen.

Trotzdem müssen wir uns den Vorteilen der Möglichkeit einer allgemeinen Wahl durch unsere Mitglieder bewusst sein. Man könne sich vorstellen, dass das Parteipräsidium durch ein solches Verfahren gewählt würde. Dieses Verfahren müsste sich aber nicht der Problematik durch eine bürgerliche Parlamentsmehrheit stellen.

Diskussion:

Benoît Gaillard, SP Kanton Waadt: Demokratie ist essentiell für die Partei. Nicht nur Ziel, sondern auch eine Methode, wie wir uns organisieren, eine Ethik, nach der wir uns richten. Damit ist auch das Recht der Basis verbunden, bei der Bestellung der BundesratskandidatInnen mitzureden. Es ist meine Überzeugung, dass wir in der SP nicht zu viel Demokratie intern haben können – im Gegenteil. Unser Vorschlag ist sehr offen formuliert. Die KandidatInnen können auch durch eine Delegiertenversammlung, einen Parteitag oder eine elektronische Wahl bestimmt werden. Die Geschäftsleitung wird mit unserem Vorschlag beauftragt, ein solches Verfahren auszuarbeiten und zu präsentieren. Auch haben wir nirgends formuliert, dass nur einE KandidatIn bestimmt werden soll – es können mehrere sein. Bei der Zustimmung zu unserer Resolution wird die Geschäftsleitung nur beauftragt, eine oder mehrere Varianten auszuarbeiten und diese in einem internen demokratischen Prozess zur Diskussion zu stellen. Wir alle haben das Beispiel der Sozialisten in Frankreich vor Augen. Der Prozess hat nicht nur die interne Diskussion über die verschiedenen linken Positionen befeuert, sondern auch zu einem präzedenzlosen Wahlsieg geführt. Auch in Italien hat ein interner Primaries-Prozess zu einer erhöhten Mobilisation geführt. Diese Beispiele sollen uns motivieren, unsere eigenen Prozesse zu überdenken und zu verbessern.

Susanne Leutenegger Oberholzer, Fraktion: Der Vorschlag ist nur auf den ersten Blick demokratisch und eine gute Idee. Ziel von Primaries kann ja auch die interne Mobilisierung sein. Ich bin aber entschieden gegen die Mediatisierung von Personen. Die SVP hat es gezeigt. Es macht aber Sinn, diesen Vorschlag zusammen mit der „Volkswahl“ zu diskutieren. Als Mitglied der Fraktion glaube ich, dass uns ein grosser Spielraum verloren geht. Man solle sich die Situation bei der Wahl von Ruth Dreyfuss in Konkurrenz zu Christiane Brunner vor Augen führen. Taktische Manöver haben damals zum Erfolg geführt. Primaries sind ausserdem systemfremd für ein nicht-präsidentielles System. BundesrätInnen orientieren sich anhand von Sachgeschäften und nicht anhand von Koalitionsverträgen wie in anderen Ländern. Auch bezweifle ich eine bessere Verankerung unserer BundesrätInnen. Diese sind in unserer Partei ganz im Speziellen gut verankert. Darum bitte ich, der Empfehlung der Geschäftsleitung zu folgen.

Jan Fässler, JUSO: Eine BundesrätIn wird auch zu einem Aushängeschild der Partei. Trotzdem entscheidet nur ein kleiner Teil der Partei, wen wir dazu nominieren. Wir SozialdemokratInnen kämpfen täglich für mehr Demokratie und Mitbestimmung. Wir dürfen keine Angst haben, dies auch in unserer Partei zu leben. Ein Gremium, wie der Parteitag würde die Basis der Partei viel besser repräsentieren, da dort alle Sektionen die Möglichkeit haben, die Weichen für die nächsten Jahre zu stellen, Zudem kann auch ein Parteitag, wie die Fraktion, mehr als eine Person nominieren.

Die möglichen KandidatInnen sollen nicht nur die Mitglieder der Fraktion überzeugen, sondern auch die Basis.

Ruedi Lais, SP Kanton Zürich: Die Resolution suggeriert Handlungsbedarf. Die SP hat es in turbulenten Zeiten geschafft, ihre Deputationen in einer ruhigen und breit abgestützten Art vorzunehmen und durchzubringen. Meines Erachtens besteht hier kein Handlungsbedarf. Die SVP hingegen sieht Handlungsbedarf. Nach dem desaströsen Debakel habe ich hierfür Verständnis. Wir dürfen das nicht unterstützen. Wir legitimieren damit die Forderung der SVP. Ich fordere die Delegierten darum dazu auf, diese Resolution abzulehnen.

Matthieu Béguelin, SP Kanton Neuenburg: Wir sprechen zwar oft von der SVP. Wir sind aber nicht die SVP. Die Vorgehensweise der SVP 2007 mit Christoph Blocher war kein Ausdruck für Demokratie, sondern von einem übertriebenen Personenkult. Zum Thema der Verankerung zwischen Basis und Gewählten lässt sich das Beispiel Neuenburg erwähnen, wo wir von der Basis wöchentlich regelmässig einen intensiven Austausch mit unseren Exekutivmitgliedern pflegen, die im Vorfeld durch die Basis in Wahlen legitimiert wurden. Auch das Argument mit der Verfassungswidrigkeit gilt so nicht. Die Fraktionsmitglieder sind weiterhin frei in ihrer Entscheidung. Eine Vorwahl muss als Motion zum Nachdenken verstanden werden. Mit Bezug auf die erwähnte Situation bei der Wahl von Ruth Dreyfuss ist klar, dass das jetzige System solche Situationen generieren kann und auch aus Primaries hervorgegangene KandidatInnen von der Bundesversammlung keine Unterstützung erhalten könnten. Eine Verschärfung der Nachteile sehe ich hier nicht. Die Überlegungen sind wichtig, wie wir die besten Kandidaturen für wichtige Posten im Empfinden der Basis finden. Andererseits bieten wir den KandidatInnen auch die Legitimierung der Basis. Mit einem solchen Verfahren bieten wir eine interne Alternative zur Diskussion um die Volkswahl des Bundesrates. Für uns gibt es keine Grenzen der Demokratie.

Beat Jans, Fraktion: Ich bitte sie die Resolution abzulehnen. Mit meinen Erfahrungen im Parlament weiss ich, was Bundesratswahlen bedeuten: eine ungeheure Medienaufmerksamkeit und Lobbyarbeit im Hintergrund. Dabei stehen nicht mehr unsere Ideen im Vordergrund, sondern unsere Köpfe. Es muss aber um Ideen gehen und dies erreichen wir genau mit diesen Primaries nicht. Wir erhöhen den Personenkult. Zuerst wird natürlich die Delegiertenversammlung entscheiden. Die Kantone werden aber zu Recht fordern, die KandidatInnen besser kennenzulernen. Der Tross wird schliesslich von Kanton zu Kanton ziehen. Unsere Werte und unsere Ideen treten so stark in den Hintergrund. Wir sind schon immer für eine bessere Schweiz eingestanden und da geht es dann eben nicht um Köpfe, sondern um die SP.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Verschoben im Sinne der Empfehlung der Geschäftsleitung mit 107 zu 87 bei 1 Enthaltung

7. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Die Rede von Bundesrätin **Simonetta Sommaruga** zur Asyldebatte kann unter <http://www.ejpd.admin.ch/content/ejpd/de/home/dokumentation/red/2012/2012-12-01.html> heruntergeladen werden.

8. Debatte zur Unterstützung des Asylgesetzreferendums

Christian Levrat eröffnet die Diskussion zum Referendum gegen die Asylgesetzrevision und erklärt den Ablauf der Debatte und den Ordnungsantrag der Geschäftsleitung. Zuerst werden die Antragsstellenden und die Geschäftsleitung darlegen. Danach folgen je 5 RednerInnen, die sich für oder gegen den Antrag aussprechen werden.

Ordnungsantrag Abstimmungsmodus

Gemäss Art. 14 Abs. 4b der Statuten ist für das Lancieren von Referenden und die Unterstützung der Lancierung von Referenden (das ist bei der Unterstützung des Asylgesetzreferendums der Fall), die Mehrheit von 2/3 der Stimmenden nötig. Die Geschäftsleitung beantragt bei dieser Abstimmung eine Ausnahme von dieser statutarischen Regelung zu machen. Einerseits weil die Unterschriftensammlung bereits relativ fortgeschritten ist und andererseits weil andere Gruppierungen so oder so die Verantwortung für die Sammlung übernommen haben. Aus diesen Gründen ist die Geschäftsleitung der Meinung, dass wir diese Abstimmung mit einem einfachen Mehr, d.h. ohne qualifiziertes Mehr, durchführen dürften.

Es handelt sich aber um eine Ausnahme von den Statuten. Statuten können selber nur mit einer 2/3-Mehrheit abgeändert werden. Deshalb braucht es für diesen Ordnungsantrag der Geschäftsleitung eine 2/3-Mehrheit. Konkret: Die Geschäftsleitung schlägt mit diesem Ordnungsantrag vor, dass sich die Delegiertenversammlung für die Abstimmung zur Unterstützung des Asylgesetzreferendums mit einem einfachen Mehr begnügt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme des Ordnungsantrags

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Ordnungsantrag der Geschäftsleitung wird mit sehr klarer 2/3 Mehrheit im Sinne der Empfehlung der Geschäftsleitung angenommen.

Es kann somit mit einfachem Mehr über die Unterstützung des Asylgesetzreferendums abgestimmt werden.

Es folgt der Antrag der SP Stadt Zürich. Die Anträge der JUSO und der SP Kanton Zürich wurden zugunsten des Antrags der SP Stadt Zürich zurückgezogen.

A-5: Antrag Stadt Zürich

Alain David Sangines stellt den Antrag der SP Stadt Zürich vor.

Uns steht heute eine wichtige Entscheidung bevor. Wir müssen entscheiden, ob wir als grösster linker Player den rechten Scharfmachern in diesem Land einen Freipass für eine unmenschliche Asylpolitik ausstellen wollen oder ob wir uns ihnen in den Weg stellen. Seit Jahren wird an der Verschärfungsspirale gedreht. Beim Botschaftsasyl trifft es beispielsweise vor allem Frauen und Kinder. Beim Rechtsschutz kann man schon von einem Ausbau sprechen, aber wem bringt das etwas, wenn die Hilfesuchenden gar nicht mehr hierher kommen können? Das humanitäre Visum schafft auch keine Abhilfe, weil man dieses nur im eigenen Heimatstaat beantragen kann. Flüchtlinge, die von Staat zu Staat flüchten, haben somit diese Möglichkeit nicht mehr. Weiter müsste mir erklärt werden, wo ein Eritreer oder eine Somalierin so ein Visum beantragen soll? Natürlich gibt es in diesem Gesetz ein paar gute Punkte. Wenn wir aber für und wider abwägen, müsste für uns alle klar sein, dass wir dieses Referendum unterstützen müssen. Die Sicherung der Renten ist in der SP unbestritten und indiskutabel. Die Menschenrechte müssten genauso indiskutabel sein – ohne Wenn und Aber. Es wird gesagt, wir gäben damit der Rechten einen Steilpass. Die Rechte hat seit Jahren die Asylpolitik zu ihrem Thema gemacht. Dazu brauchen sie keinen Steilpass. Falls wir das Referendum verlieren sollten, würden nicht wir geschwächt. Wir werden geschwächt, wenn die Rechte uns vorwerfen kann, dass wir uns vor einem Abstimmungskampf Angst hätten. Es geht hier um unsere Glaubwürdigkeit, dass wir keine Angst vor der Rechten haben. Ausserdem müssen nicht wir uns vor einem Abstimmungskampf fürchten. Vielmehr müssen die Mitteparteien ihren WählerInnen erklären, warum sie massive Verschärfungen gegen Frauen und Kinder rechtfertigen. Es stellt sich bei uns die Frage, wie wir es erklären wollen, wenn wir dem Referendum die Unterstützung entziehen, dann aber nach dem Zustandekommen die Nein-Parole beschliessen. Das ist inkonsequent und unglaubwürdig. Ich fordere alle dazu auf, heute zu zeigen, dass wir für die Schwächsten in diesem Land, für eine humanitäre Schweiz, für die Menschenrechte eintreten und mit Stolz diesen Kampf aufnehmen.

Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich stellt nach Beschluss des Parteivorstandes vom 23. Oktober 2012 folgenden Antrag an die Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 1. Dezember 2012: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz unterstützt die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen die Asylgesetzrevision

Mitunterzeichnende: SP Bern Nord, SP Länggasse-Felsenau, SP Stadt St. Gallen, SP Basel-Stadt, SP Winterthur, Juso Schweiz

Barbara Gysi begründet die Position der Geschäftsleitung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen

Begründung: Das vorliegende Gesetz wurde von der SP hart bekämpft. Wir konnten auch das Schlimmste verhindern. So wurden die Einführung des Nothilferegimes, die sogenannten Internierungslager für Asylsuchende abgelehnt und die Streichung des Familienasyls verhindert. Gegen andere Verschärfungen konnten wir uns leider nicht durchsetzen. Insgesamt überwiegen in dieser Revision die negativen Punkte, darum haben wir in der Schlussabstimmung das Gesetz auch abgelehnt. Heute sprechen wir über die im Dringlichkeitsverfahren beschlossenen Massnahmen, die in Kraft getreten sind. Bei diesem Referendum diskutieren wir nicht über den Inhalt der Asylgesetzrevision, den diese beurteilen wir alle als negativ, sondern über die Wirkung des Referendums.

Die GL hat nach einer intensiven Diskussion von Vor- und Nachteilen mit einer Gegenstimme beschlossen, das Referendum nicht zu unterstützen und damit den Antrag der SP Stadt Zürich abzulehnen.

Im Vordergrund stand für uns die Frage, welches Vorgehen den Betroffenen am meisten hilft. Das ist unser gemeinsames Ziel. Die Antwort liegt nach Meinung der GL nicht in der Unterstützung des Referendums. Diese erste Asylgesetzrevision ist nämlich nur der Anfang einer langen Reihe von Vorlagen, die allesamt auf Verschärfungen in der Asyl- und Migrationspolitik abzielen. Bereits in der laufenden Session werden über das Asylgesetz und das Nothilferegime debattiert. Nächstes Jahr erwarten wir eine weitere Revision des Asylgesetzes, bei der es um die Verkürzung der Fristen und um den Ausbau des Rechtsschutzes geht. In den nächsten Jahren stehen uns ausserdem die Diskussion und Umsetzung der Ausschaffungsinitiative, der Epopop-Initiative, die Durchsetzungsinitiative oder die Initiative gegen die Masseneinwanderung bevor. Wir werden uns weiterhin vehement gegen weitere Verschärfungen wehren und wenn nötig das Referendum ergreifen.

Niemand glaubt daran, dass das jetzige Referendum gegen die Revision des Asylgesetzes zu gewinnen ist. Im Gegenteil muss die Gefahr einer sehr deutlichen Niederlage bedacht werden. Die Befürworter der Verschärfungen werden aber ein deutliches Volksverdikt zur Unterstützung ihres Weges einfahren und im Abstimmungskampf mit übelster Propaganda aufwarten. Es wird sie insgesamt in ihrem Kurs im Namen des Volkes bestärken.

Wir werden uns weiterhin für die Rechte der Asylsuchenden einsetzen. Mit der Unterstützung des Referendums gegen diese befristete Asylgesetzrevision helfen wir ihnen aber nicht. Wir laufen vielmehr Gefahr die Situation zu verschlimmern. Mit unserer Haltung sind wir nicht alleine, wie zum Beispiel das Schweizerische Flüchtlingshilfswerk oder Amnesty International.

Diskussion

Matthieu Béguelin, PS neuchâtelais: Wir sind uns einig, dass niemand von uns die vorliegende Revision unterstützt. Mit der Attacke auf das Asylrecht von Kriegsdienstverweigerern, der Abschaffung des Botschaftsasyls wird das ganze Asylrecht angegriffen. Es wird nachher viel einfacher sein, weitere Rechte anzugreifen, wenn wir diese Büchse der Pandora öffnen. Dieses Referendum bietet uns die Möglichkeit, unsere Positionen zu verteidigen. Wir haben Tage in Lugano damit verbracht, unsere Positionen zur Migration, zur Asylpolitik festzulegen. Jetzt wo wir sie haben, verteidigen wir sie nicht. Ich und andere können das nicht verstehen. Das untergräbt unsere Glaubwürdigkeit, unsere Glaubwürdigkeit unsere Positionen zu verteidigen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass der Abstimmungskampf verloren gehen kann. Viel schlimmer ist es aber diesen Kampf nicht aufzunehmen und die Schwächsten in unserem Land im Stich zu lassen. Heute geht es nicht um einen Kampf um unsere Ehre, sondern um unsere politische Verantwortung und um unsere Werte.

Cesla Amarelle, PS vaudois: Die Bürgerlichen waren sich noch nie so einig, die Verschärfungen weiter voranzutreiben. Auf parlamentarischer Ebene werden wir mit fünf Projekten konfrontiert werden. Jetzt behandeln wir die erste Etappe. Darüber hinaus kommen eine Reihe politischer Projekte in Form von Initiativen auf uns zu. Selbst während den Zeiten Schwarzenbachs haben wir eine solche programmierte Fülle an Verschärfungen nie erlebt. Wir müssen uns bewusst sein, was uns in dieser Domäne erwartet. Wir werden einige sehr schmerzhaft Niederlagen einstecken müssen. Wir müssen die besten Mittel finden, um diese Niederlagen aufzufangen. Die ganze Linke ist sich einig, dass diese Verschärfung des Asylgesetzes eine weitere ist, welche sich nahtlos in die Welle an Verschärfungen der letzten 30 Jahren einreihen lässt. Natürlich kann man die Motivation des Referendumskomitees verstehen, jedoch haben wir die Pflicht, auf drei Probleme zu antworten, welche mit dem Referendum nichts zu tun haben: 1. Seit 30 Jahren wurde das Asylgesetz immer und immer wieder verschärft, und viermal wurde das Referendum ohne Erfolg benutzt, viel mehr hat sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Gegner verschoben. 2. Die PS vaudois, wie andere Kantonalparteien, hat sich in den letzten Jahren Fall für Fall gegen die Verschärfungen eingesetzt. 3. An der praktischen Ausführung des Asylgesetzes ändert sich nicht viel, man kann Alternativen finden, und das wissen die Organisationen, welche vom Referendum abraten. Wir haben aber kein Recht, diesen Anlass zu instrumentalisieren, wir stehen in der Pflicht, die besten Mittel zu finden, um wirkliche Massnahmen zu erreichen und das Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten zu verschieben. Ich bitte euch daher, dieses Referendum nicht zu unterstützen.

Silvia Schenker, Fraktion: Mit zwei Ausnahmen (von Simonetta erwähnt) haben wir in der Fraktion alle Vorlagen bekämpft, Besonders gewehrt haben wir uns bei der Abschaffung des Botschaftsasyls und bei der Einengung des Asyl-Begriffs. Bei allen Vorlagen haben wir verloren. Das humanitäre Visum ist kein vollständiger Ersatz für das Botschaftsasyl. Es greift bei Flucht ins Nachbarland nicht, vor allem die Schwachen haben so kein Erfolg beim Asylgesuch. Zudem arbeiten wir in die Hände von Schleppern und Banden, die sich so bereichern. Man muss dem etwas entgegensetzen. Der Widerstand ist richtig und notwendig, auch bei einer allfälligen Niederlage. Wir müssen uns der Ratsmehrheit entgegenstellen. Ihr Ziel ist es allein, Asylbewerber abzuschrecken. Man muss den Widerstand konsequent weiterführen, um glaubhaft zu bleiben. Daher muss das Referendum unterstützt werden.

Jon, Pult, SP Graubünden: Es ist wichtig, dass wir uns in der Migrations- und Asylpolitik aktiv und offensiv beteiligen. Es ist nicht ein Ja oder Nein, sondern ob es politisch klug ist, das Referendum zu ergreifen. Für Referenden gibt es drei Gründe: 1. Eine grosse Chance die Abstimmung zu gewinnen und schlechte Gesetze zu verhindern. 2. Durch die Debatte kann die Grundstimmung verändert werden. 3. Die Vorlage ist so jenseits von Gut und Böse, dass das Referendum nur schon für die Geschichte ergriffen werden muss. Diese drei Voraussetzungen sind hier nicht erfüllt. Deshalb ist es ein Akt politischer Reife, das Referendum nicht zu ergreifen. Es mag dem guten Gefühl gegenüber sich selbst und den betroffenen Menschen helfen, aber nicht der politischen Wirkung.

Lathan Suntharalingam, SP Kanton Luzern: Wir sind eine Partei der Menschenrechte. Mit der Unterstützung des Referendums wird das bestätigt. Es handelt sich immer um Verschärfungen. Wir stecken in einer Zwickmühle. Unsere Partnerorganisationen (zum Beispiel die Flüchtlingshilfe) haben das Referendum nicht unterstützt. Das ist enttäuschend. Nichthandeln ist auch ein Handeln. Vielmehr müssen wir ein Zeichen setzen. Wollen wir die härtere Gangart der bürgerlichen Asylpolitik durch die Nichtunterstützung des Referendums befürworten? Die Änderungen haben nur ein Ziel: weniger Asylsuchende, weniger Menschlichkeit, weniger Integration und Abschottung. Wir können das als Menschenrechtspartei nicht wollen.

Jacqueline Badran, Fraktion: Die zentrale Frage ist, ob wir den Asylsuchenden mit dem Referendum helfen oder schaden. Ein Referendum wird zum jetzigen Zeitpunkt den heutigen und zukünftigen Asylsuchenden schaden. Ein hoher Verlust wird die Mitte noch mehr nach rechts rücken lassen. Doch diese Mitte hat im Ständerat viele der harten Entscheide des Nationalrates korrigiert, das würden sie dann wohl kaum mehr machen. Eine erneute Diskussion wie in Vergangenheit über die Verschärfungen würde suggerieren, dass die Asylsuchenden das grösste Problem der Schweiz sind

und würde das Volk gegen die Schutzbedürftigen aufhetzen. Damit ist keinem einzigen geholfen. Denkt an die Betroffenen und begeht den konstruktiven Weg. Es soll ein Kampf sein, nicht um unser eigenes Gewissen, sondern für die Schutzbedürftigen. Daher fordere ich euch auf zu einem egozentrischen Referendum Nein zu sagen.

Jonas Zürcher, JUSO: Die Schweizer Aussenpolitik ist eine Farce. Sie tritt nicht für einen glaubwürdigen Frieden ein. Zum Krieg gehören Soldaten, wie zum Beispiel in Eritrea. Es ist unsere Pflicht, dass wir die friedlichen Kräfte in dieser Welt stärken. Die Asylgesetzrevision läuft dem klar entgegen, wenn sie festlegt, dass Kriegsdienstverweigerung kein Asylgrund sei. Wir müssen uns der menschenverachtenden Politik von rechts widersetzen. Sonst ist es Verrat an unserer Politik. Verschärfungen werden von der SVP auch ohne die SP als Gegner vorangetrieben. Wenn wir uns dem nicht entgegensetzen sind wir unglaubwürdig. Eine Diskussion, ob das Referendum den Schutzsuchenden schadet oder nicht, hätte früher geführt werden müssen. Dafür ist es jetzt zu spät, weil das Referendum ergriffen worden ist. Darum muss es jetzt unterstützt werden.

Yvonne Feri, SP Frauen: Die SP Frauen haben mit einer Vierfünftel-Mehrheit beschlossen, das Referendum nicht zu unterstützen. Seit der Einführung 1981 wurde das Asylgesetz mit jeder der rund zehn Revisionen für Schutzsuchende verschärft. Doch bereits in dieser Session steht die Nothilfe auf dem Programm. Bereits fünfmal wurde das Referendum ergriffen. Eines scheiterte bereits in der Sammelphase. Die anderen vier an der Urne. Es geht bei diesem möglichen Referendum nicht nur um strategische Überlegungen, sondern auch darum, dass das Referendum den Betroffenen nichts nützt. Für die SP bindet er Zeit und Geld, welche für die Sicherung eines nicht wünschenswerten Status Quo eingesetzt werden. Das Gesetz ist befristet, und die Flüchtlingskonvention bindend. Es ist klar, dass wir alle für eine humanitäre Schweiz einstehen, wie das Migrationspapier von Lugano und das Engagement in den eidgenössischen Räten zeigen. Die Verteidigung der verfolgten Personen verdient eine politische Antwort, welche zur Verbesserung der Situation führt. Im Namen der SP Frauen plädiere ich daher auf Nicht-Unterstützung des Referendums.

Ada Marra, PS vaudois: Es ist illusorisch zu glauben, dass wir bei der Asylpolitik nicht im Widerstand sind. Wir müssen uns aber deshalb nicht schämen. Wir sollten stolz darauf sein, weil wir es aus Überzeugung tun. Seit Beginn des Asylgesetzes hat es nur vier Referenden gegeben, und auch wenn diese verloren gingen stellt sich die Frage, ob die anderen Revisionen, gegen welche kein Referendum ergriffen wurde, in die von uns gewünschte Richtung gingen. Natürlich nicht. Ich stehe heute für das Referendum ein, weil es inakzeptabel ist, dass der Status Kriegsverweigerer als Asylgrund abgeschafft wurde. Ich unterstütze die Position der Partei, dass wir uns in der Asyldiskussion offensiv einstellen müssen, aber in der heutigen Lage haben wir wenig bis keine Chance, unsere Vorschläge einzubringen. Ich denke auch nicht, dass eine Niederlage mit einer Initiative weniger schlimm ist als bei einer Niederlage mit einem Referendum. Wir dürfen nicht auf unsere Grundwerte verzichten: die Ärmsten zu schützen. Ob wir nun ein Referendum oder eine Initiative lancieren, das Ziel bleibt dasselbe: der Widerstand gegen die weiteren Verschärfungen.

Jacqueline Fehr, Geschäftsleitung: Ich bin stolz auf uns, wie wir diese Diskussion führen: sachlich, emotional und mit Respekt für die Meinung der anderen. Drei Überlegungen: 1. Die Schweizer sind nicht fremdenfeindlich. Sie stimmen aber regelmässig Verschärfungen zu. Offenbar erreichen wir viele Menschen mit unseren Argumenten nicht. Wir sind eine Antwort schuldig, die mehr ist als ein Nein - wie zum Beispiel das Migrationspapier. Weitere müssen folgen. Zusammen mit Partner aus Politik, Gesellschaft und Kultur müssen wir eine Politik schaffen, welche in der Praxis besteht und so das Vertrauen der Bevölkerung genießt. Nur so kann der Diskurs gekehrt werden. 2. Ich fürchte, dass die Antwort auf ein verlorenes Referendum weitere Verschärfungen sein werden, welche das Leben der Betroffenen noch schwieriger machen wird. Angst darf uns nicht leiten, weder vor dem Diskurs mit dem Gegner, noch vor dem eigenen schlechten Gewissen. 3. Wessen Interessen stehen für uns im Zentrum? Geht es um unser Gewissen oder um die betroffenen Menschen? Ich lehne die Unterstützung des Referendums ab, weil ich denke, dass wir uns in der Asyldiskussion so schnell wie möglich aus der Abwärtsspirale lösen müssen und diese nicht noch durch ein verlorenes Referendum beschleunigen. Darum lehne ich den Antrag zur Unterstützung des Referendums ab.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Abgelehnt im Sinne der Empfehlung der Geschäftsleitung mit 114 zu 92 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Der Entscheid wird gemäss dem Ordnungsantrag der Geschäftsleitung mit einfachem Mehr gefällt.

R-4: Resolution SP Frauen: Für eine offensive Migrationspolitik

Cesla Amarelle stellt die Resolution im Namen der SP Frauen vor. Wir denken, dass es wichtig ist, eine solide und kämpferische Linie zu entwickeln, um das Migrationspapier von Lugano weiter zu ziehen. Wie viele andere Organisationen denken wir, dass es an der Zeit ist, eine eigene Initiative zum Thema Migration zu lancieren, um die Diskussion selbst zu bestimmen und eigene Forderungen einzubringen. Darum bitten wir um Unterstützung der durch die Geschäftsleitung modifizierten Resolution, welche von der Geschäftsleitung und Sekretariat fordert, dass eine Initiative mit Partnerorganisationen ausgearbeitet wird und schliesslich im Plenum diskutiert werden soll.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Einstimmig modifiziert angenommen im Sinne des Antrags der Geschäftsleitung.

9. Debatte zur Parteienfinanzierung

Christian Levrat eröffnet die Debatte.

A-7 (Antrag Coordination des Partis Socialistes Romands)

Er übergibt das Wort an **Romain de Sainte Marie**, der die Position der Coordination des Partis Socialistes Romands darlegt. Er bemerkt die Wichtigkeit des heute zu diskutierenden Punkts für die SP. Vor zwei Jahren wurde beschlossen, dass der Kapitalismus überwunden werden soll. Nun entscheidet sich die Geschäftsleitung aber für eine Zusammenarbeit mit genau diesem Kapitalismus. Er äussert seine Enttäuschung, dass die Resolution der Coordination Romands nicht im Rahmen des Parteitages diskutiert wurde, da es eine solch essentielle Frage der Partei sein. Er bemerkt, dass die Liste an Bedingungen, welche die Geschäftsleitung vorschlägt, nicht erschöpfend sei und nicht ausreiche. Er weist auf die Schwierigkeit hin, dass auch von der SP unterstützte Geschäftsmodelle in abzulehnende Geschäfte verstrickt sein können, wie zum Beispiel Waffenhandel. Zudem merkt er an, dass das Geld, welches an die SP geht, besser im eigenen Betrieb zugunsten der eigenen Mitarbeiter eingesetzt würde. Eine Parteienfinanzierung wäre ein Glaubwürdigkeits- und Unabhängigkeitsverlust. Wir würden in Abhängigkeit geraten. Er fordert die Delegierten im Namen der Coordination Romand auf, jegliche Parteifinanzierung abzulehnen.

A-7 (Antrag Coordination des Partis Socialistes Romands)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen

A-6: Umgang mit Parteispenden aus der Wirtschaft

Jacqueline Fehr erklärt, wie die Spenden per SMS funktionieren und ruft alle zum Spenden für die SP Schweiz auf. Sie erläutert anschliessend die Position der Geschäftsleitung zur Parteienfinanzierung.

rung, sowohl zu Antrag A-7, wie auch zu A-6. Die Geschäftsleitung lehnt namentlich auch die Variante 1 ab.

Heute werden alle Spenden angenommen, wenn Sie nicht an Auflagen gebunden sind, und diese sind vor allem von Einzelpersonen, kleinen KMUs und der Mobiliar. Das ist die einzige Regelung und lief in der Vergangenheit gut. Daher gab es keinen Grund, diesen Weg zu ändern. Somit lehnt die Geschäftsleitung die Resolution der Coordination Romand und damit auch die Variante 1 in der Tischvorlage ab. Dieser Rückschritt scheint nicht begründet, da so auch auf Spenden der Mobiliar wie auch der kleinen und mittleren Unternehmen verzichtet werden müsste. Bis anhin gab es neben der Mobiliar auch keine grossen Firmen, welche solche Spenden transparent und ohne Auflagen betätigen würden. Das ist nun anders, weil ein Wechsel zu einem Spendensystem mit einem transparenten Schlüssel ohne Auflagen vollzogen wird. Das ist ein Etappensieg unserer Transparenzforderung. Weil nun aber auch Banken solche Spenden anbieten, entschied sich die Parteileitung, dass dieses Thema ausführlich diskutiert werden soll. Das Resultat einer Vernehmlassung zeigt: 7 Kantone wollen keine Parteispenden, 14 Kantone nur unter gewissen Bedingungen und eine Kantonalpartei will einen Bundesfonds.

Die Geschäftsleitung schlägt nun vor: 1. Die Partei setzt sich weiterhin für Transparenz und beschränkte Kampagnenmittel ein wie bisher. 2. Die Idee des Bundesfonds wird weiter verfolgt. Beide Massnahmen haben aber noch keine politischen Mehrheiten. Es braucht also eine Lösung für heute.

Wir sind uns bei einigen Punkten einig. Bei Annahme einer Spende muss diese transparent gemacht werden und in einen Fonds fliessen. Über die Verwendung wird die GL entscheiden und die DV wird per Jahresrechnung informiert (Punkt 5, Variante 3 in der Tischvorlage). Bei zwei weiteren Bedingungen besteht auch Einigkeit. Alle Parteispenden des Unternehmens müssen transparent gemacht werden und die Unternehmen müssen sich öffentlich zur Unterlassung weiterer, versteckter Zahlungen an die Politik zu verzichten.

Uneinig sind wir in der Frage, ob solche Spenden angenommen werden und wenn unter welchen Bedingungen. Die GL schlägt einen Kompromiss vor: Gelder sollen weiterhin angenommen werden, aber nur unter strengeren Bedingungen als heute. Es dürfen keine Auflagen gemacht werden. Neben PrivatspenderInnen akzeptiert die SP nur solche von Genossenschaften und Mitarbeitergesellschaften. Eine widerspruchslöse Lösung gibt es nicht. Es sollte wichtiger sein, wie wir diese Gelder einsetzen können, als in Schönheit zu sterben. Ein Nein würde vor allem die Bürgerlichen freuen. Die GL will weiter Spenden von Firmen unter den Kriterien annehmen, dass keine Auflagen existieren und dass die rechtliche Form des Unternehmens in unsere Philosophie passt. Ausserdem stellt sich die GL gegen die Forderung der Coordination Romand, den Entscheid zur Parteienfinanzierung an einem Parteitag zu fällen. Nach einem halben Jahr Diskussion ist jetzt der Moment um zu entscheiden.

A-6: Umgang mit Parteispenden aus der Wirtschaft

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme der Variante 3

Matthias Aebischer, Fraktion: Spenden von Banken untergraben unsere Glaubwürdigkeit. Die SP hat die Praktiken der Banken immer missbilligt und angeprangert. Solche Spenden entgegen zu nehmen könnte der Öffentlichkeit nicht erklärt werden. Ich bin überzeugt, dass die Kleinspenden in diesem Fall ausbleiben würden, da politische Ideen gewählt werden und nicht die Parteien mit dem grössten Budget. Die Unabhängigkeit gegenüber den Banken muss gewahrt werden, um weiterhin auf deren Finger zu schauen. Die Varianten 2 und 3 sind klar abzulehnen und der Variante 1 zuzustimmen.

Eric Nussbaumer, Fraktion: Spenden mit Auflagen sind Korruption. Wir prangern das richtigerweise an. Der Druck der Transparenz hat gewirkt. Es geht um das Verständnis, wann eine Parteispende angebracht und nicht korrupt ist. Ich plädiere für Variante 3 - aber mit Vorbehalt. Eine Schwäche ist, dass somit börsenkotierte Unternehmen der Glaubwürdigkeit der Partei schaden

könnten. Punkt 1 der Variante 3 soll gestrichen und dann so angenommen werden. Ausserdem würden im Falle einer staatlichen Parteifinanzierung Spenden von Grossbanken durch Steuern ebenfalls in die Taschen der SP fließen. Daher macht es wenig Sinn, diese heute abzulehnen, nur weil kein Steuereintreiber dazwischen stehe.

Didier Berberat, PS neuchâtelois: In einigen Dingen sind wir uns einig. Es mangelt an Transparenz in diesem Bereich, wofür wir uns aber stark machen. Wir müssen also kohärent sein, wenn wir weiterhin unabhängig sein wollen. Darum müssen wir zu Bankenspenden Nein sagen. Das ist in meinem besonderen Interesse, denn ich will weiterhin unabhängig amten. Der Vorschlag 3 will nun die Spender auf akzeptable Unternehmen beschränken. Es gibt dabei aber problematische Beispiele: Genossenschaften wie die Raiffeisen, wie Coop oder Migros, deren Arbeiter und Konsumenten wir beschützen. Wie erklären wir die Abhängigkeit unseren WählerInnen und der Bevölkerung? Wir müssen uns auf unsere Unabhängigkeit im Kampf für faire Löhne und für die Ärmsten berufen. Wir müssen uns weiter auf die Spenden von unseren Mitgliedern und Kleinspendern stützen und somit die Variante 1 wählen.

Daniel Fischer, SP Schaffhausen: Ich spreche mich hier für Variante 3 ohne Punkt 1 aus. Ich glaube nicht, dass wir nicht genügend Rückgrat haben, um auch nach Spendenannahmen bankenkritisch abzustimmen. Es gibt auch Privatpersonen, die nicht über alle Zweifel erhaben sind. Müssten wir da nicht die gleichen Massstäbe ansetzen? Es kommt doch drauf, was wir mit dem Geld machen. Wir könnten das Geld nehmen und sie gezielt gegen die Banken einsetzen. Wenn wir die Spenden ablehnen, werden sie die Gelder den Bürgerlichen zuschieben. Ein Jahr danach werden sie diese transparent ausweisen, weil sie nicht befürchten müssen, dass die SP ihre Spende annehmen würde. Lasst uns das Geld annehmen und gezielt gegen die Abzockerei oder für Transparenz einsetzen.

Jonas Zürcher, JUSO: Ich möchte auf das Parteiprogramm verweisen, wo festgehalten ist, dass eine Demokratie, die von Spenden aus der Privatwirtschaft finanziert wird, in die Abhängigkeit finanzstarker Wirtschaftsverbände und –gruppen gerät. Die Interessen der Banken liegen bei den 300 Reichsten dieses Landes, die auch etwas für ihr Geld erwarten. In der Politik geht es immer um Glaubwürdigkeit. Die Annahme solcher Spenden würde unsere Glaubwürdigkeit untergraben. Bei der staatlichen Parteienfinanzierung wird ausserdem nicht einfach ein Steuerverwalter dazwischen geschaltet. Hier wäre ein politischer Entscheid vorausgegangen. Die JUSO hat an ihrer Jahresversammlung eine Resolution verabschiedet, die der Variante 3 entspricht. Entsprechend möchte ich die Variante 3 zur Annahme empfehlen. Falls Punkt 1 gestrichen würde, würde sich die JUSO für Variante 1 aussprechen.

Max Chopard, SP Kanton Aargau: Ich kann mit der Variante 3 der GL sehr gut leben. Wir sollten uns auch an der Vernehmlassung in den Kantonen orientieren. Davon haben 14 Kantone sich für Parteispenden unter sehr strengen Auflagen, die in den 5 Punkten zum Ausdruck kommen, ausgesprochen. Punkt 1 und die Einschränkung auf Genossenschaften und Mitarbeitergesellschaften entspricht ja genau unseren Forderungen an eine demokratische Wirtschaft. Die Transparenzforderung in Punkt 2 ist ebenfalls mit unserem bisherigen Konzept übereinstimmend. Die SP würde keine Konditionen akzeptieren, was sehr wichtig ist. Auch sollten wir diese Gelder in einen Fonds einspeisen, um unsere politischen Projekte voranzutreiben.

Stéphane Montangero, PS vaudois: Sag mir, wer dich finanziert und ich sage dir, für wen du stimmst. Wir haben nicht wirklich eine Wahl zwischen drei Varianten, sondern zwischen zwei. Finanzieren wir uns durch die Wirtschaft? Verlieren wir unsere Unabhängigkeit? Wir werden uns der Bevölkerung gegenüber verdächtig machen, ob wir wirklich für den Inhalt eines politischen Projekts eingestanden sind oder für unsere Geldgeber. Mit der Variante 2 akzeptieren wir die Gelder der Grossbanken. Mit der Variante 3 akzeptieren wir das Geld der CSS, der Migros etc. Und natürlich haben wir Konditionen. Aber wie können wir diese verifizieren? Welche Sanktionen haben wir in der Hand. Unsere Werte sind nicht zu verkaufen. Wir sind nicht käuflich. Darum empfehle ich euch im Namen der PS vaudois die Variante 1.

Fabio Canevascini, PS Ticino: Wir befinden uns in einem Engpass. Wir könnten mehr Geld brauchen, um uns besser zu positionieren, wir wollen aber gleichzeitig unabhängig bleiben. Man könnte sich eine Spendenerklärung vorstellen, auf dem Auszüge aus unserem Parteiprogramm vermerkt

sind - zum Beispiel unser Verhältnis zu den Banken. Darum empfehle ich euch, die Variante 3 zu unterstützen.

Martin Pfister, SP Appenzell Innerrhoden: Die SP AI spricht sich für die Variante 1 aus. Wir wollen uns nicht von Geldern aus der Wirtschaft abhängig machen oder unglaubwürdig werden. Längerfristig unterstützen wir die Idee einer staatlichen Parteienfinanzierung. Falls wir aber Gelder akzeptieren sollten, sollten diese in einen Fonds fließen, um eine Initiative mit dem Ziel der staatlichen Parteienfinanzierung zu starten.

Lukas Tschan, SP Stadt Zürich: Das politische System der Schweiz ist sehr aussergewöhnlich. Mit unseren direktdemokratischen Mitteln können wir als Bevölkerung Einfluss nehmen. Das System hat aber seine Schwäche, wie die Parteienfinanzierung. Die jetzige Praxis mit den Geldkoffern vom Herrliberg und den einflussreichen Wirtschaftsverbänden ist unserer Demokratie unwürdig. Unsere Lobby ist die Bevölkerung. Es ist löblich, dass die Grossbanken alle Parteien zum Zuge kommen lassen wollen, solange sie daran keine Bedingungen knüpfen. Angebote, die alle Punkte aus Variante erfüllen, sollten angenommen und gezielt eingesetzt werden, um eine staatliche Parteienfinanzierung politisch durchzubringen.

Abstimmungen

Christian Levrat erklärt das Abstimmungsprozedere. Zuerst wird über Variante 1 abgestimmt. Falls diese abgelehnt wird, würde mit der Abstimmung über Variante 3 fortgefahren werden, denn es hat sich niemand für die Variante 2 ausgesprochen.

Ausserdem wird Eric Nussbaumers Kritik an Punkt 1 der Variante als Motion verstanden, darum kann auch später separat über alle Punkte abgestimmt werden.

A-7 (Antrag Coordination des Partis Socialistes Romands)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen

Beschluss der Delegiertenversammlung: Abgelehnt im Sinne der Empfehlung der Geschäftsleitung mit 98 zu 94 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Ordnungsantrag Eric Nussbaumer zu Punkt 1:

Beschluss der Delegiertenversammlung: Mit klarem Mehr ist der Ordnungsantrag angenommen, getrennt abzustimmen.

Jacqueline Fehr erläutert nochmals die Position der GL. Sie bittet darum, die schärfere Variante 3 mit Punkt 1 zu wählen, um auch den vielen Gegenstimmen gerecht zu werden. Ausserdem betont sie, dass wir unsere Unabhängigkeit auch gegenüber einer Migros o. ä. behaupten können.

Abstimmung über Punkt 1, Variante 3

Empfehlung der Geschäftsleitung: Beibehalten

Beschluss der Delegiertenversammlung: Mit klarer Mehrheit wird Punkt 1 der Variante beibehalten

Abstimmung über gesamte Variante 3

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annehmen

Beschluss der Delegiertenversammlung: Mit klarer Mehrheit wird die Variante 3 im Sinne der Geschäftsleitung angenommen

10. Beitrag Solidar Suisse

Esther Maurer, die neue Geschäftsleiterin von ‚solidar suisse‘ wird herzlich begrüsst und hält ein Referat zum Thema „Herausforderungen Entwicklungszusammenarbeit“, für welches am Parteitag in Lugano die Zeit nicht mehr reichte.

11. Resolutionen und weitere Anträge

David Roth informiert über die zu behandelnden Resolutionen. Aufgrund des unter ‚Traktandum 1: Eröffnungsgeschäfte‘ von der Delegiertenversammlung angenommenen Ordnungsantrages der Geschäftsleitung: ‚Stillschweigende Verabschiedung falls keine Modifizierung‘, werden die folgenden Resolutionen und Anträge von der Delegiertenversammlung stillschweigend verabschiedet:

Resolution 6: Antrag Syrien (Coordination des Partis Socialistes Romands)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annehmen

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend verabschiedet

Resolution 7: Antrag Menschenrechte Russland (Geschäftsleitung SP Schweiz)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annehmen

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend verabschiedet

Resolution 8: Antrag der Arbeitergenossenschaften (PS Orbe et Environs)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annehmen

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend verabschiedet

Resolution 9 (**R-9: Schaffung eines Menschenrechts auf Arbeit in der eigenen Heimat (SP Appenzell Innerrhoden)**) wurde zugunsten einer erneuten Vorlegung an der nächsten Delegiertenversammlung zurückgezogen.

Es verbleibt deshalb nur noch die Resolution 5 zur Abstimmung:

R-5: Resolution Stopp unverschämte Saläre in Unternehmen des Bundes (PS Chavannes)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL teilt die Empörung der PS Chavannes über die unglaubliche Öffnung der Lohnschere zwischen tiefsten und höchsten Salären bei Unternehmen wie Swisscom, SBB oder Post. Entsprechend erachtet sie es auch als richtig und zwingend, diese Frage immer wieder im Parlament zu thematisieren bzw. anzuprangern, wie das die SP-Fraktion der Bundesversammlung natürlich in den letzten Jahren bereits auch immer wieder gemacht hat. Konkret schlägt die GL aber vor, dass die Fraktion aufgefordert wird, einen solchen parlamentarischen Vorstoss nicht mit einer fixen Obergrenze zu formulieren, sondern stattdessen zu verlangen, für Unternehmen mit einer direkten oder indirekten Kapitalmehrheit des Bundes eine Anwendung der Vorgaben der 1:12-Initiative festzulegen. Dadurch würden die unteren Einkommen immer auch davon profitieren, wenn die Saläre der obersten Einkommensstufen erhöht werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Einstimmig angenommen im Sinne der Empfehlung der Geschäftsleitung

12. Parolenfassung

1. Volksinitiative ‚Gegen die Abzockerei‘

Die Initiative wird vorgestellt im Rahmen einer kontradiktorischen Präsentation. **Hans Hess**, Präsident SWISSMEM, spricht sich für die NEIN- und **Susanne Leutenegger-Oberholzer**, Nationalrätin Baselland, für die JA-Parole aus.

Diskussion:

Jean-Christophe Schwaab, Fraktion: Er spricht sich gegen die Lohnexzesse bei den Reichsten aus und verweist auf die verschiedenen Vorstösse gegen diese. Der Gegenvorschlag ist hierbei nicht ausreichend. Vielmehr gehen wir mit der 1:12-Initiative noch weiter und kämpfen auch für einen Mindestlohn. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass der indirekte Gegenvorschlag sofort in Kraft treten kann, falls die Initiative nicht angenommen wird. So werden die goldenen Fallschirme nicht verhindert. Mit dem Einsatz der Economiesuisse wird klar, wie sehr sich diese kleine Elite vor den Folgen der Initiative fürchtet. Ich bitte euch um die Unterstützung der Initiative.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: JA -Parole mit 144 Ja zu 2 Nein bei einer 1 Enthaltung.

2. Raumplanungsgesetz

Die Vorlage wird vorgestellt im Rahmen einer kontradiktorischen Präsentation. **Hans-Ulrich Bigler**, Direktor SGV, spricht sich für die NEIN- und **Beat Jans**, Nationalrat Basel-Stadt, für die JA-Parole aus.

Diskussion:

Gaël Bourgeois, PS Valais romand: Ich stehe hier um die Position der PS Valais romand zu verteidigen. Viele von euch erwarten, dass wir die Nein-Parole empfehlen werden. Trotz der Mehrheitsverhältnisse möchte sich die PS Valais romand erklären. Das neue Raumplanungsgesetz stellt eine zukunftsgerichtete, innovative und richtige Vision für unser Land dar. Gleichzeitig stellen sich für das Wallis besondere Umstände, was natürlich wenige von euch überrascht. Das Wallis ist eine CVP-Hochburg. Diese Mehrheit hat seit 30 Jahren jegliche Änderungen an der Raumplanung konsequent abgelehnt und systematisch verhindert. Die PSVR bemängelt diese Situation seit Jahren. Die PSVR stellt sich aber gegen das absolute Nein der CVP, das alles wie es ist, richtig sei. Unser Nein

hat das Wohl der Bevölkerung im Wallis im Auge, das die Folgen der bisherigen Politik zu tragen hatte. Wir sagen aber nicht einfach Nein. Wir wollen Vorschläge unterbreiten, um die Situation im Wallis endlich zu lösen und die Raumplanung voranzutreiben.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: JA-Parole mit 120 Ja zu 4 Nein.

3. Bundesbeschluss über die Familienpolitik

Jacqueline Fehr begründet die Empfehlung der Geschäftsleitung. Sie möchte ihre Stellungnahme sehr kurz halten. Der Verfassungsartikel zur Familienpolitik ist ein guter Verfassungsartikel. Deswegen unterstützen wir ihn. Und sie bittet die Delegierten, diese Abstimmung neben den anderen nicht zu vergessen und sich auch für diese Abstimmung zu engagieren.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: JA-Parole mit 119 Ja zu 0 Stimmen

13. Schluss/Danksagung

Leyla Gül bedankt sich bei den Delegierten für die guten und fairen Diskussionen, der SP Thun für die Unterstützung und dem Gemeinderat von Thun für Beitrag an den Apéro.

Zum Schluss bedankt sie sich bei den Übersetzerinnen, der Technik, Stefan Merki von X-Light und seinem Team, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Zentralsekretariats der SP Schweiz. Sie wünscht allen eine gute Heimreise und bedankt sich für das Erscheinen. Die nächste Delegiertenversammlung findet am 1. März 2013 in Solothurn statt.

Schluss der DV 16:00

Für das Protokoll: Antonio Danuser